Artikel vom 08.08.2023 · Ausgedruckt am 10.11.2026, 18:18 Uhr

Online: https://lz-rheinland-staging.p-k3txh2.project.space/nachricht/milieustudie

# Milieustudie



LZ-Chefredakteur Detlef Steinert

Umweltbundesamt und Bundesumweltministerium haben in der vergangenen Woche eine Studie zum Umweltbewusstsein in Deutschland vorgestellt. Manche Ergebnisse überraschen ganz und gar nicht, manche könnten und manche müssten die Auftraggeber zum Nachdenken anregen.

Seit 1996 beauftragen das für Umwelt zuständige Bundesministerium und das Umweltbundesamt (UBA) im zweijährigen Turnus eine Studie, die sich mit dem Umweltbewusstsein in Deutschland befasst. Vergangene Woche wurden die Ergebnisse der aktuellen Erhebung vorgestellt, die im Sommer 2022 (also vor Beginn der Diskussion um das Heizungsgesetz von Wirtschafts- und Klimaminister Robert Habeck) durchgeführt wurde. Befragt wurden mehr als 2 000 Personen im Alter ab 14 Jahren mit Internetzugang. Soweit zu den nackten Fakten. Die Repräsentativität der Befragung sei durch zufallsgesteuerte Auswahl der Befragten sichergestellt und die Gewichtung der Daten sei anhand der amtlichen Statistik erfolgt (hinsichtlich Alter, Geschlecht, Bildung oder Herkunft aus Ost- oder Westdeutschland). So geht es jedenfalls aus dem Teil des Ergebnisberichts hervor, der die Methodik beschreibt.

Die Ergebnisse selbst lassen allerdings den Schluss zu, dass es sich doch eher um eine Milieustudie handelt. Denn viele Antworten haben in Bezug auf die Landwirtschaft eine eindeutige Richtung. Hier ein paar wörtlich zitierte Beispiele für Umweltprobleme, die die Teilnehmer als bedrohlich oder sehr bedrohlich einschätzen: „Schadstoffe in Böden, Gewässern und Luft“ (89 %), „Schadstoffe in Lebensmitteln“ (87 %), „Umweltbelastungen durch Überdüngung (zum Beispiel durch den übermäßigen Einsatz von Gülle und Mineraldünger in der Landwirtschaft)“ (81 %) und „Umweltbelastungen durch intensive Tierhaltung“ (74 %).

Für 93 % der Befragten rangiert aber „Plastikmüll und Plastikeinträge in die Natur (zum Beispiel Meere, Böden)“ an erster Stelle. Mit 97 % steht für die meisten das auch ganz oben, wenn es um die Wichtigkeit verschiedener Aufgabenbereiche für den Umweltschutz geht. Darunter finden sich wieder einige, die sich auf die Landwirtschaft beziehen. Wieder wörtlich zitiert, halten die Befragten folgende Bereiche für wichtig oder sehr wichtig: „weniger künstlichen Dünger und Pestizide in der Landwirtschaft einsetzen“ (87 %) oder „von konventioneller auf ökologische Landwirtschaft umsteigen“ (78 %).

Wie nicht anders zu erwarten, tut sich in der Studie eine Kluft zwischen Wollen und Tun der Befragten auf. Oder anders ausgedrückt, auch diese Befragung belegt, dass Verbraucher etwas anderes tun, als ihr anderes Ich, der Bürger in ihnen, fordert. Denn während mehr als Dreiviertel der Befragten der Umstellung auf Öko-Landwirtschaft eine hohe Bedeutung beimessen, kaufen nur zwei von fünf Personen immer oder sehr oft Lebensmittel aus kontrolliert-biologischem Anbau ein; jeder Vierte gibt an, das zumindest oft zu tun.

Es ist aber vor allem ein Ergebnis, das den Eindruck erhärtet, es mit einer Milieustudie zu tun zu haben. Denn befragt nach dem eigenen Engagement für Umwelt und Klima, geben sage und schreibe 55 % der Befragten ab 16 Jahre an, Parteien zu wählen, „die sich für Umwelt- und Klimaschutz einsetzen“. Welche damit gemeint sein könnten, lässt die Studie zwar offen. Aber man kann es ahnen, wenn man bedenkt, wer einer der Auftraggeber ist und wer an dessen Spitze steht (Steffi Lemke, die ein grünes Parteibuch hat), und man außerdem berücksichtigt, dass Befragte gerne dazu neigen, erwünschte Antworten beizusteuern. Mit dem Ergebnis der Sonntagsfrage („Wen würden Sie wählen, wenn am Sonntag Bundestagswahl wäre?“) aus dem entsprechenden Erhebungsraum im Juni 2022 (laut infratest dimap hätten damals 23 % Grüne, 20 %, SPD, 26 % Union, 8 %

FDP und 12 % AfD gewählt) deckt sich der Befund jedenfalls nicht unbedingt.

Geht man davon aus, dass die Umweltbewusstseinsstudie zumindest von den Regierungsparteien gern gesehene Einstellungen widerspiegelt, sollten Umweltministerin Steffi Lemke und Agrarminister Cem Özdemir bei einem Ergebnis ganz genau hinschauen und ernst nehmen, was das eigene (Wähler-)Milieu damit ausdrückt. Für jeweils 46 % der Befragten sind Veränderungen in zwei Bereichen gleich wichtig, um die Lebensqualität zu verbessern. Deren Gewichtung hat sich gegenüber der Vorgängererhebung aber gravierend verschoben. Rangierten Veränderungen bei der Versorgung mit gesunden und bezahlbaren Lebensmitteln 2020 mit 27 % noch weit hinten, stieg die Bedeutung hier um 19 % an. Umwelt-, Natur- und Klimaschutz – 2020 mit 61 % weit vorne – verloren dagegen 15 %. Eine solche Verschiebung der Prioritäten dürfen Umwelt- und Agrarpolitik nicht unbeachtet lassen.